

# Die Forderungen der Gefangenen müssen erhört werden

Seit dem 12. September befinden sich in 53 Gefängnisse verteilt über 600 politische Gefangene in der Türkei im Hungerstreik. Ihr Gesundheitszustand wird immer schlechter. Es ist bekannt, dass ab dem vierzigsten Tag eines Hungerstreiks schwere Gesundheitsschäden auftreten, die kaum rückgängig gemacht werden können.

Die politischen gefangenen fordern eine friedliche und demokratische Lösung der sogenannten Kurdenfrage sowie die Isolationspolitik Abdullah Öcalans aufzuheben und Öcalan als einen wichtigen Akteur zur Lösung der Kurdenfrage anzuerkennen.

Doch die AKP Regierung setzt ihre reaktionäre Aggressionspolitik fort. Sie redet davon „den Weg des Dialogs“ einzugehen, doch real geht sie rigoros und mit aller Härte gegen jegliche Oppositionelle, vor allem kurdisch demokratische Kräfte, vor. Tagtäglich müssen junge Menschen in diesem unsäglichen Krieg ihr Leben lassen. Damit muss Schluss sein.

Eine friedliche und demokratische Lösung der sogenannten Kurdenfrage ist unumgänglich. Nötige Schritte müssen jetzt eingeleitet werden. Wir die UnterzeichnerInnen fordern die AKP Regierung auf die Forderungen der Gefangenen zu erhören. Lösungen müssen gefunden werden, bevor Särge die Gefängnisse verlassen.

Auch die Bundesregierung muss jetzt Handeln und Druck auf die Türkei ausüben damit ein Dialog für Frieden stattfinden kann.

Name	Organisation/Funktion	Adresse	Unterschrift

Unterschriftslisten bitte abgeben beim

DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine) - Genoveustr.8, 51065 Köln - didf@didf.de - www.didf.de